

90 Prozent aller zivilen Opfer in Kriegen und bewaffneten Einheiten sterben durch Kleinwaffen wie Maschinenpistolen und Sturmgewehre aus der Produktion des deutschen Herstellers Heckler & Koch.

Rüstungskonzerne schrecken nicht davor zurück, Politiker als Waffen-Lobbyisten für ihre Profite „einzukaufen“. Laut „TAZ“ und „Report“ im Mai 2018 flossen von Heckler & Koch insgesamt 5.000 Euro auf Konten von „mit Rüstungsthemen befassten Bundestagsabgeordneten“ der FDP sowie 10.000 Euro an den CDU-Kreisverband Rottweil. Es sei immer schwieriger geworden, Ausfuhrgenehmigungen für Mexiko zu bekommen, da bleibe „nur noch die politische Schiene“, so der damalige Geschäftsführer von Heckler & Koch, Peter Beyerle.

WAFFENLOBBYISTEN IN POLITISCHEN ÄMTERN

MdB Agnieszka Brugger, verteidigungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen: „Immer wieder taucht bei zahlreichen Skandalen des Rüstungsunternehmens der ungeheuerliche Verdacht auf, dass bei der Beschaffung für die Bundeswehr oder skrupellosen Waffenexporten möglicherweise Politiker gekauft werden“.

Auch die Wechsel von politischen Ämtern in Rüstungsbetriebe sind bezeichnend: Dirk Niebel (FDP) war bis 2013 Entwicklungsminister, jetzt arbeitet er für den Rüstungskonzern Rheinmetall. Franz Jung (CDU) war bis 2009 Verteidigungsminister, jetzt sitzt er im Aufsichtsrat von Rheinmetall und Georg Adamowitsch von der SPD war bis 2009 im Bundeswirtschaftsministerium tätig und ist jetzt Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ...

KRIEGSGEFAHR KONKRET 3

Baden Württemberg soll zum Sprungbrett von NATO und EU gegen Russland aufgerüstet werden. Dazu drei Beispiele. In Mannheim wird statt der geplanten Rückgabe das „Coleman-Areal“ weiter für US-Panzer und andere Militärfahrzeuge genutzt. Mannheim soll zur Drehscheibe für die schnelle Verlagerung von schwerem Kriegsgerät werden. Am Standort Ulm des „Multinationalen Kommandos Operative Führung“ soll das neue NATO-Kommandozentrum für schnelle Truppen- und Materialtransporte der NATO angesiedelt werden. In Hardheim entsteht zur Zeit ein NATO-Gefechtsstand zur Koordination multinationaler Spezialeinsätze.

Anti Kriegs Tag

1. September
2018

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

Treffpunkt DEMONSTRATION

SAMSTAG
1. SEPTEMBER 2018

10.30 UHR
MILCHMARKT
SCHWÄBISCH HALL

KUNDGEBUNG
11.30 UHR
BONHOEFFER-PLATZ

Militär löst keine Probleme.

**Schluss damit.
Eine andere Politik muss her.**

Damit wollen wir anfangen:

**Militärische Aufrüstung stoppen,
Spannungen abbauen,
Perspektiven für Entwicklung
und soziale Sicherheit schaffen,
Entspannungspolitik auch mit
Russland, verhandeln und abrüsten.**

**Diese Einsichten werden wir überall
in unserer Gesellschaft verbreiten.**

**Damit wollen wir helfen, einen
neuen Kalten Krieg abzuwenden.**

DGB · attac · Bündnis 90/Die Grünen
club alpha 60 · Die Linke · DKP
3.-Welt-Laden · Freundeskreis Asyl
GEW · IG Metall · ISO · MLPD
Naturfreunde · verdi · VVN/BdA

mit

„MOKOSOLE“

AFRIKACHOR SCHWÄBISCH HALL

TOBIAS PFLÜGER

INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG
TÜBINGEN UND MDB DIE LINKE

PEACEFUL PEAS

DAS MUSIKALISCHE
ERBSEN-KOLLEKTIV
AUS STUTT GART



Informations- und Diskussionsveranstaltung

Jürgen Wagner

Informationsstelle Militarisierung Tübingen

Sonntag, 26. August 2018

11 Uhr

Minigolfinsel Schwäbisch Hall

Veranstalter: DGB Schwäbisch Hall

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent der Wirtschaftsleistung zu verdoppeln. So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen. Schon heute betragen die Rüstungsausgaben etwa 39 Milliarden Euro für todbringende Waffentechnologie und Ausrüstung. Zukünftig sollen in Deutschland dafür mindestens 65 Milliarden Euro ausgegeben werden.

EINE ANDERE POLITIK MUSS HER

- **Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben. Die zusätzlich geplanten 30 Milliarden Euro stattdessen für den sozialen Wohnungsbau, gegen Altersarmut, in Schulen, bei der Kinderbetreuung, in Krankenhäusern und zur Verhinderung der Klimakatastrophe ausgeben**
- **Verbot aller Waffenexporte und der Weitergabe von Lizenzen zum Waffenbau**
- **Staatlich unterstützte Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Güter und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen**
- **Offene Grenzen für Kriegsflüchtlinge und Verfolgte und solidarische Hilfe beim Abbau von Fluchtursachen in den von Krieg und Umweltkatastrophen betroffenen Regionen**
- **Schluss mit der Bundeswehr-Werbung zur Rekrutierung von Soldaten in Schulen, Arbeitsagenturen und Ausbildungsmessen. Keine Forschung für militärische Zwecke an Unis und Hochschulen**
- **Auflösung aller US-Standorte mit Atomwaffen in Deutschland**
- **Entspannungspolitik auch mit Russland**



KRIEGSGEFAHR KONKRET 1

US-Präsident Trump am 11. April 2018: „Mach dich bereit, Russland. Denn sie (die Raketen) werden kommen. Schön, neu und intelligent.“

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 betonte die Bundesverteidigungsministerin Von der Leyen, dass zu den militärischen Fähigkeiten und Strukturen, die man aufgebaut habe, nun noch der gemeinsame Wille hinzukommen müsse, das militärische Gewicht auch tatsächlich einzusetzen.

Dies geschieht noch unter dem Dach der NATO, zunehmend aber auch im Rahmen der EU, die auf Betreiben Frankreichs und Deutschlands immer mehr eine eigenständige militärische Rolle - auch in Konkurrenz zur NATO - beansprucht. Dazu wurde die „Europäische Interventionsinitiative“ beschlossen. Dabei handelt es sich um eine europäische „Koalition der Willigen“ für künftige Kriege, die kurzfristig mobilisierbar sein soll.

KRIEG UM ROHSTOFFE

Der islamistische Terror im Norden Malis liefert den Westmächten vordergründig die menschenrechtliche Legitimierung zum militärischen Eingreifen. Worum es tatsächlich geht, sagt der Geschäftsführer der vor kurzem gegründeten „Allianz für Rohstoffsicherung“ Dierk Paskert im Handelsblatt: „Die Industrie fordert ... eine strategisch ausgerichtete Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik.“ Malis Bodenschätze sind Uran, Gold, Erdöl, Erdgas ... Die afrikanische Internetseite „Alternative Niger“ berichtet, dass im Nachbarstaat Niger westliches Militär Bergwerke bewacht, aus denen Frankreich zu Spottpreisen Uran bezieht. Niger ist einer der Hauptlieferanten Europas mit Erdöl, Erdgas und Uran.

WILLE ZUM KRIEG

In einem Papier des „Heereskommandos Mitte“ der Bundeswehr mit dem Titel „Wie kämpfen die Landstreitkräfte künftig?“ wird detailliert ein Szenario entworfen, wie die Bundeswehr im Jahre 2026 einen Landkrieg gegen Russland gewinnen kann bzw. welche Fähigkeiten hierfür beschafft werden müssen.

KRIEGSGEFAHR KONKRET 2

Die DPA meldet im Juni 2018, dass die EU für 6,5 Milliarden Euro panzertaugliche Straßen bauen will. Zu niedrige Unterführungen, nicht ausreichend belastbare Brücken - die Infrastruktur in Europa sei für schnelle Truppentransporte gen Osten teils völlig ungeeignet.

Angesichts des angespannten Verhältnisses zu Russland hat die EU-Kommission vorgeschlagen, bis 2019 die Verkehrswege auf ihre militärische Tauglichkeit hin zu überprüfen, damit besonders schweres Militärgeschütz schnell gen Osten verlegt werden kann.

DEUTSCHE WAFFEN, DEUTSCHES GELD ...

„Rüstungsexporte aus Deutschland in Krisengebiete so hoch wie nie“ berichtet DIE ZEIT im Januar 2018. Allein in 2017 wurden 6,24 Milliarden Euro ausgegeben. Das sind über 60 Prozent aller Rüstungsexporte, die in Krisengebiete gingen. Auch drei Länder, die im Krieg in Jemen beteiligt sind, stehen auf der Kundenliste des deutschen Wirtschaftsministeriums. Seit Beginn des Jemen-Krieges genehmigte der Bundessicherheitsrat Rüstungsexporte an Saudi-Arabien in Höhe von 1,05 Milliarden Euro. Deutsche Politik und Rüstungsindustrie sind daher mit verantwortlich für Flucht und Vertreibung von tausenden Zivilisten. Die Frage der deutschen Rüstungsexporte hat auch durch den Einsatz des türkischen Militärs gegen kurdische Gebiete in Nordsyrien/Afrin und im Nordirak Brisanz.